

Noch mehr neoliberale Strukturreformen

Eine soziale Dimension für die Wirtschafts- und Währungsunion?

Anfang Oktober stellte der sozialdemokratische Kommissar für Soziales und Beschäftigung László Andor seine lange erwarteten Vorschläge für eine soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion vor. Angesichts der grassierenden Massenarbeitslosigkeit in Europa wurden von vielen BeobachterInnen erhofft, dass es wichtige Schritte in Richtung einer Sozialunion geben würde. Doch stattdessen schlägt die Kommission Indikatoren zur Messung der sozialen Situation vor, die längst weithin bekannt ist und möchte sie durch noch mehr neoliberale Strukturreformen verbessern.

Martin Konecny

Die Soziale Krise ■ Für die meisten Menschen in Europa drückt sich die Krise nicht in fallenden Aktienkursen, hohen Schuldenständen des Staates oder der Leistungsbilanz aus, sondern als eine soziale Krise in ihrem alltäglichen Leben. Zuletzt wurden in der Eurozone über 19 Millionen Arbeitslose (12%) gezählt, von denen 3,4 Millionen Jugendliche waren. Die Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigt dabei einen tiefgespaltenen Kontinent. Während in Österreich „nur“ 4,9% arbeitslos sind, ist in Griechenland inzwischen mehr als ein Viertel der Bevölkerung ohne Arbeit.¹ Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige Aspekt der sozialen Krise, auch die Armut steigt in Europa. Erst kürzlich machte ein Report des internationalen Roten Kreuzes auf die verheerenden Folgen der Krise aufmerksam; 43 Millionen Menschen in der EU – einer der reichsten Regionen der Welt – können sich nicht mehr ausreichend ernähren.² Auch für jene die noch Arbeit haben, ist die Situation alles andere als positiv, denn immer öfter sind die einzig verfügbaren Arbeitsplätze prekär und gleichzeitig sinken die Haushaltseinkommen. Die soziale Krise ist dabei nicht nur Ergebnis unsichtbarer Marktprozesse und einer verheerenden Sparpolitik, sondern zum Teil gewolltes Ergebnis der „makroökonomischen Anpassung“ im Euroraum, wie sie nicht zuletzt von der Europäischen Kommission gegenüber den Programm-Ländern vorangetrieben wird. Diese euphemistisch als

„interne Abwertung“ bezeichnete Politik hat in den letzten Jahren darauf abgezielt durch Drosselung des Konsums, sinkende Löhne, Aufweichung von Kollektivverträgen und möglichst weitgehende Liberalisierung der Arbeitsmärkte die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen.

43 Millionen Menschen in der EU – einer der reichsten Regionen der Welt – können sich nicht mehr ausreichend ernähren.

Seit dem es eine Wirtschafts- und Währungsunion gibt, ist die Antwort auf die Frage ausständig, ob eine Union, ohne den sozialen Aspekt funktionieren kann. Noch nie war diese Frage aber drängender als heute. Daher wurde auch erwartet, dass die Kommission einen Vorschlag für eine soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion bei ihrer Pressekonferenz³ am 2. Oktober vorlegt, die diesen Namen auch verdient. Auch sollte die soziale Dimension jene Verluste an sozialer Gerechtigkeit ausgleichen, die durch ein immer engeres budget- und wirtschaftspolitisches Korsett und der damit verbundenen Sparpolitik zustande gekommen sind. Unter anderem wurde im Vorfeld berichtet, dass László Andor einen Vorschlag für eine europäische Arbeitslosen-

versicherung machen wolle. Ebenso diskutiert wurde der Vorschlag anhand sozialer Indikatoren automatisch Maßnahmen zu setzen, wenn diese ein bestimmtes Level über- oder unterschreiten. Damit konnte Andor sich offenbar nicht durchsetzen, denn die Vorschläge weisen in eine gänzlich andere Richtung.

Soziale Indikatoren ohne Wirkkraft ■ Das Herzstück der Mitteilung der Kommission⁴ ist der Vorschlag soziale Indikatoren in das europäische Semester zu integrieren. Sprachlich orientiert sich die Kommission dabei an dem Verfahren zu makroökonomischen Ungleichgewichten. Bei diesem Verfahren gibt es ein „Scoreboard“ aus 10 Indikatoren (u.a. Leistungsbilanz, Exportmärkte, private und öffentliche Verschuldung, Arbeitslosenquote), die bei bestimmten Grenzwerten einen Alarmmechanismus auslösen. Die Kommission kann in so einem Fall detaillierte Studien über die makroökonomische Situation der Mitgliedsstaaten verfassen und gegebenenfalls ein Verfahren gegen den betroffenen Staat einleiten, das diesen zu Strukturreformen drängt und bei Nicht-Erfüllung der vereinbarten Auflagen in Sanktionen endet.

Diesem Verfahren möchte die Kommission nun ein aus 5 Indikatoren bestehendes Scoreboard zur Seite stellen, das die soziale Situation in der Eurozone bewertet. Die vor- ➤